

# Krafsamer Zeitung.

Nr. 45.

Freitag den 24. Februar

1865.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verändrung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., ref. 1 fl. 33 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstaltige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 3 Nkr., für jede weitere 2 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant im Graf Sivalart 1. k. k. Uhlanen-Regimente Friedrich Grafen Rn m n erkrlich die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen gerucht.

### Veränderungen in der k. k. Armee.

**Ernennungen:**  
Der Oberst in der Armee Carl Prinz von Baden wird als zweiter Oberst zum Uhlanen-Regimente Ludwig Graf von Trau Prinz beider Sicilien Nr. 13 eingetheilt;  
zu Majors die Hauptleute erster Classe:  
Franz Ritter v. Mor zu Snettig und Morberg, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Bamberg Nr. 13;  
Moriz Fürker v. Fürchhain, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Bernhardt Nr. 16;  
Albert Champion de Crespigny, des Infanterie-Regiments Großfürst Michael von Rußland Nr. 26;  
Anton v. Sufich, des Infanterie-Reg. Graf Hangwitz Nr. 38;  
Ignaz Billepich, des Infanterie-Regiments Gribberzog Sigmund Nr. 45, und  
Carl Feinlich, des Infanterie-Regiments Ritter v. Brand Nr. 79, alle in ihren Regimentern.

**Uebertragungen:**  
Die Oberlieutenants: Rodwas Bogutovac, des Grabis-lauer Grän-Infanterie-Regiments Nr. 8, und Johann Ballaca, des Uhlanen-Infanterie-Regiments Nikolaus Gesejewitsch Großfürst und Thronfolger von Rußland Nr. 61, gegenseitig.  
**Verleihungen:**  
Dem Oberlieutenant Moriz v. Fialka, des Aufstandes, der Oberleutnanten erster Classe Anton v. Szepesházy, des Aufstandes, der Majorscharakter ad honores.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 24. Februar.

Die Nachricht der „Correspondenz Zeidler“, eine Analyse der Forderungen sei vorläufig in Wien mitgetheilt worden, worauf Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich erklärt habe, der Standpunct Preußens in jener Sache sei schon um deshalb ein gerechter, weil dasselbe, was Preußen bezwecke, zugleich der Erhöhung des deutschen Ansehens zu Gute komme, ist gegen von der „Wiener Abendpost“ als unrichtig bezeichnet worden. Ein Berliner Corr. der „Schles. Zeitung“ meint, selbst aus dieser Aeußerung lasse sich nicht auf die unbedingte Annahme der preußischen Forderungen in Wien schließen. Es werde sich zeigen, welche Haltung Oesterreich den Forderungen gegenüber, wenn sie detaillirt mitgetheilt sind, einnehmen wird. Eine einflussreiche Person, schreibt derselbe, soll ganz vor Kurzem über die Forderungen bemerkt haben, Preußen werde jedenfalls nicht die Errichtung eines souverainen Mittelstaates nach dem Vorbild der jetzt bestehenden zulassen. Im Uebrigen wurde mehr als einmal darauf hingewiesen, daß selbst die Zustimmung Oesterreichs den Abschluß nicht leicht herbeiführen würde. Die Gründe können als bekannt vorangeseht werden. Sie sind an der Seine zu suchen. Darin, meint ein zweiter Berliner Correspondent dieses Blattes, liegt der charakteristische Punct der augenblicklichen politischen Constellation. Bisher bemerkt derselbe, schwankte Oesterreich zwischen seinen alten deutschkaiserlichen Traditionen und der Perspective, durch die Allianz mit Preußen, wenn ihm dieselbe auch Opfer auferlegt, den Frieden gesichert zu haben. In dem Augenblick, wo es zu sehen glaubt, daß Preußen seine Absichten nicht durchsetzen kann, ohne den Frieden zu gefährden, entfällt dem Wiener Cabinet der letzte Grund, Preußen auch nur passiv zu unterstützen. Mit Wiener Augen gelesen, mag aber allerdings die Thronrede des Kaisers Napoleon, wie sie durch das Blaubuch illustriert wird, nicht gerade ganz friedlich ausfallen. Die sogenannten Grundprincipien des Kaiserthums werden darin scharf in den Vordergrund gestellt und eben so klar die Unzufriedenheit mit derjenigen Lösung ausgesprochen, welche die dänische Frage jetzt gefunden hat. Allerdings hat diese Haltung für Preußen noch immer nichts Beunruhigendes, aber da die bisherige Behandlung der Herzogthümerfrage preußischerseits durchaus auf entgegengelegten Principien basiert hat, als diejenigen sind, welche Frankreich aufstellt, so ist die Möglichkeit eines Conflictes immer offen gehalten.

Der „Leipz. Btg.“ wird aus Berlin geschrieben: Wie verlautet, ist am Freitag Abend von hier nach Wien eine diplomatische Rundgebung abgegangen, welche die Forderung der preußischen Regierung in Bezug auf das künftige Verhältnis der Herzogthümer zu Preußen darlegt. Im Wesentlichen sollen diese Forderungen auf die Erwerbung eines preußischen Kriegshafens, auf den Abschluß einer Militär- und Marine-Convention, auf die Anlegung und Aufsichtigung des projectirten Nord-Östsee-Canals und auf die dauernde Einräumung von Besatzungsplätzen für preußische Truppen in Nordschleswig aus-

gehen. Diese Nachricht ist ganz vereinzelt und im Widerspruch mit den Meldungen anderer Blätter.

Die preußische ministerielle „Prov.-Correspondenz“ schreibt: Die Mittheilung der Forderungen Preußens in der Schleswig-holsteinischen Frage an die österreichische Regierung werde vermuthlich im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Die Nachricht, Preußen wolle zuvörderst die Notablen von Schleswig-Holstein über einzelne Bedingungen hören, sei irthümlich. Die Bewölkung in ihrer berechtigten Vertretung zu hören, dazu sei jetzt kein Anlaß, da es sich lediglich um die Feststellung der Bedingungen handle, ohne deren rückhaltlose, unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverän endgiltig eingesetzt werden kann. Die Zeitungsberichte über den Inhalt der bevorstehenden Mittheilung Preußens nach Wien, so wie über die bereits gemachten Aeußerungen des Wiener Cabinets seien falsch.

Die „Correspondenz Zeidler“ schreibt: Die Zeitungen, welche von Kiel aus mit augustenburgischen Nachrichten versehen werden, fahren immer noch fort von Verhandlungen zu sprechen, die zwischen dem Prinzen von Augustenburg und dem preußischen Cabinet gepflogen würden. Man will sogar genau angeben, in welchen Punkten eine Einigung erfolgt sei und in welchen die Meinungen noch differiren. Wir dürfen hiergegen erklären, daß keine solchen Verhandlungen stattfinden, daß daher weder von Vereinbarungen noch von Differenzen die Rede ist und daß von Seiten der preußischen Regierung dem Prinzen nicht die mindeste Ermunterung zu Theil geworden, um dergleichen Negotiationen zu versuchen oder von ihnen irgend ein Resultat zu erwarten. Dem Privat-Agenten des Prinzen möchte, bevor er Berlin verläßt, kein Zweifel mehr in Betreff der Frage geblieben sein, ob er zu den Diplomaten gehöre oder nicht, gleichwie sich der Prinz selber mit Rücksicht auf sein Herzogthum wohl keinen Illusionen mehr hingibt. Die Angelegenheit der Herzogthümer reicht weit über das Haupt des augustenburgischen Prinzen hinaus.

Das Wiederaufstehen der oldenburgischen Candidatur dürfte ihre besondern pikanten Gründe haben. In den gegenwärtigen Mittheilungen der Presse über die russische Cessionssacte scheint vergessen, daß Rußland nur seinen Antheil auf das Holstein-Gottorpsche abgetreten haben sollte, wie das Mitte-November v. J. vielfach erörtert wurde. Sollte nun der Herzog von Oldenburg, der die Acte früher als mangelhaft beanstandet hatte, jetzt anderer Ansicht geworden sein und sich wieder darauf berufen, so würde er am Ende rechnen, daß ihm die Kronsyndici wenigstens einen Theil von Rechten zuzprechen würden, wofür er alsdann irgend ein Entgelt erhalten könnte. Das nachträgliche Wiederaufstehen der Candidatur wird nur dadurch erklärlich. Diese hat aber, seit sie einige Monate geruht, an Ausichten ohne Zweifel nicht gewonnen.

Es mag, schreibt man aus Wien, dahin gestellt bleiben, ob von Seiten Englands wirklich in neuester Zeit in Berlin Nichts geschehen ist, um in mehr oder weniger eindringlicher Weise sich im Voraus gegen die Weiterführung gewisser preußischer Tendenzen im Norden der Elbe auszusprechen: man leugnet es in Berlin und der directe Gegenbeweis wird von Wien aus nicht leicht zu führen sein. Aber um so sicherer ist es, daß das englische Cabinet, wenn auch nicht in der feierlicheren Form einer Depesche, sich über die schließlichen Pläne Preußens und deren etwaige Chancen hier in Wien zu informiren versucht, und daß man hier keinen Augenblick gezögert hat, auf das Bestimmteste zu erklären, daß Oesterreich seinen bisherigen Standpunct festgehalten habe und festhalten werde und keine andere Lösung suche oder zulasse, als eine solche, welche den deutschen Interessen nach den Satzungen des Bundesrechtes conform sei. Es ist möglich, daß diese Erklärung für England die Veranlassung gewesen ist, sich in Berlin selbst nicht weiter umzugören.

Die „Leipz. Btg.“ hatte für die neueste Form der Triasidree, wie sie in den Köpfen einiger mittelstaatlichen Staatsmänner vorhanden sein mag, unlangst ein umfangreiches Programm aufgestellt, welches ungefähr auf eine bundesstaatliche Einigung des nach Abzug von Preußen und Oesterreich übrig bleibenden Restes von Deutschland hinausläuft. Der „D. A. Z.“ zufolge hat die Formulirung eines Projectes in einer Denkschrift des Herrn v. Beust schon seit einiger Zeit eine bestimmtere Gestalt gewonnen. Man berichtet dem genannten Blatte darüber aus Wien: „Es soll, will man hier wissen, wesentlich auf Grund der bekannten, im Laufe des vorigen Jahres von den leitenden Ministern fünf größerer Bundesstaaten gepflogenen mündlichen Besprechungen schon seit längerer Zeit eine von Herrn v. Beust redigirte Denkschrift vorliegen, welche den Entwurf der Grundzüge einer alle Mittel- und Kleinstaa-

ten umfassenden Organisation enthält. In erster Reihe soll die Aufstellung einer kräftigen Executive, eine gemeinsam parlamentarische Vertretung und als unmittelbare Consequenz derselben ein gewisses Maß gemeinsamer Gesetzgebung, sowie eine einheitliche Militärorganisation, in zweiter Reihe eine gemeinsame Repräsentation nach außen hin in Aussicht genommen sein. Dieser Entwurf, sagt man, ist nicht bloß denjenigen Regierungen, welche sich an den gedachten Conferenzen betheiligen haben, sondern auch einer Anzahl der übrigen Bundesglieder, deren Mitwirkung sich zu sichern zum Gelingen des Organisationswerkes unerlässlich erschien, sofort mitgetheilt; aber wenn auch einzelne dieser Regierungen sich bereits mehr oder weniger eingehend und im Großen und Ganzen nicht abfällig, darüber geäußert, so scheint doch eine förmliche Verhandlung durch stillschweigendes Uebereinkommen bis dahin verweigert zu sein, wo der definitive Austrag der Herzogthümerfrage genau die Stellung werde übersehen lassen, welche die beiden Großmächte zu einander und zum übrigen Deutschland eingenommen und wo speciell die Gewissheit gegeben sei, daß seitens dieser Großmächte eine Initiative zur Herbeiführung einer dem Bedürfnis entsprechenden Bundesreform nicht in Aussicht stehe.“

Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris erregt dort ein eben so großes, wenn nicht größeres Aufsehen, als die Brotschüre des Bischofs von Orleans. „Confessionnel“, „Pays“ und „Patrie“ sind ungemein erbaud durch die Sprache des Mgr. Darbois, und suchen durch Ausführung der geeignetsten Stellen den großen Unterschied, der zwischen dessen Auffassung der Concilia und derjenigen der Hauptwortführer der römischen Partei in Frankreich besteht, recht bemerklich zu machen. „Opinion nationale“ und „Siedle“ spenden dem Hirtenbriefe des Erzbischofs von Paris alle Anerkennung, die sich nur mit ihrem Programm verträgt, der Kirche keine gegen die Principien von 1789 verstoßenden Concessionen zu machen. „Da wir Heuchelei verabscheuen“, schreibt die „Op. nat.“, „so wollen wir offen eingestehen, daß die Doctrinen des Mgr. Darbois bezüglich des Charakters des Christenthums nicht die unserigen sind, aber wir dürfen dem hohen Prälaten ebensowenig die Schuldigung verlagern, welche seiner patriotischen und liberalen Gesinnung, und vor Allem dieser so schwungreichen, salbungsvollen und würdevollen Sprache gebührt, welche die Bischöfe, als allzu gelehrige Schüler von E. Venillot, seit einiger Zeit nur zu sehr gelernt haben.“

Die France veröffentlicht Bruchstücke aus dem telegraphisch signalisirten Schreiben Mazzini's an den Papst. Die Ausfälle auf das Papstthum sind so heftig, daß wir uns der Mittheilung enthalten müssen. Das Papstthum läßt sich nach Mazzini mit den Ideen unserer Zeit nicht mehr in Einklang bringen. Aus dem gelben Buche möge noch folgende Stelle der Depesche Drouyn de Lhuys vom 28. Oct. an Malaret nachgetragen werden: „Die Convention erkennt zwei Souverainitäten in Italien an, und in Erwartung, daß ein innerer Einklang zwischen beiden hergestellt werde, bejaht sie deren Nebeneinanderbestehen. Das ist die Convention, was darüber ist, besteht nur aus leeren Speculationen.“

Wie sich die „Ind. belge“ aus Paris schreiben läßt, cursirt ein Gerücht, die französische Regierung habe dem italienischen Cabinet zu wissen gethan, sie betrachte die Verlegung des Hofes nach Florenz als gleichbedeutend mit der Uebertragung der Hauptstadt und die für die Räumung Roms festgesetzte Frist werde somit vom 3. Februar an gerechnet werden(?).

Laut einer in Bern eingetroffenen Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien, des Herrn von Steiger an den Bundesrath, steht die baldige Auslieferung des Langiewicz an die Schweiz in Aussicht. Derselbe wird, wenn seine Freilassung erfolgt ist, entweder in Solothurn oder Zürich seinen Aufenthalt nehmen. Des Ferneren meldet Herr von Steiger, daß sämmtlichen polnischen Flüchtlingen die straflose Rückkehr nach ihrer Heimat gewährt wird, wenn sie bei dem General Berg mit einem Bittgesuch darum einkommen. Bis jetzt, so versichert Herr von Steiger, sei das gegebene Wort Seitens der russischen Behörde streng gehalten worden.

Wie ein Berner Telegramm vom 22. d. meldet, hat der Bundesrath dem schweizerischen Gesandten in Wien Befehle wegen des Pabstsums für die Polenflüchtlinge erteilt und an die bairische Regierung geschrieben, daß alle Polen ohne einen von der schweizerischen Gesandtschaft in Wien visirten Paß an der Gränze zurückgewiesen werden.

Das Gerücht über eine bevorstehende totale Reorganisation des Königreiches Polen schreibt der „Invalide“ der polnischen Agitationspartei zu und entgegnet den ausländischen Blättern, welche aus diesem Anlasse in Beblagen über das Schicksal Polens ausbrachen, mit folgenden Bemerkungen: „Die Journale mögen sich nur beruhigen. Das Königreich Polen bestehet noch; sie wissen es eben so gut als wir. Doch indem sie sich beeilen, das Ende Polens zu beweinen und falsche officielle Documente in die Welt zu senden, die gar nicht existiren, lassen sie sich durch einen Plan ängstigen, den nur sie selbst der russischen Regierung angedichtet haben. Die polnische Revolutionspartei hat noch nicht eine einzige ihrer Phantasien aufgegeben, sie bereitet im Stillen die Mittel zur Verwirklichung derselben vor. Dabei flößt ihr aber Alles das Furcht ein, was eine Verschmelzung Rußlands mit Polen erleichtern könnte und sie sucht die öffentliche Meinung Europa's immerfort zu beunruhigen. Doch diese Veruche führen nicht zum Ziele. Die russische Regierung ist überzeugt, daß die Annäherung, welche die revolutionären Blätter so sehr erschreckt, auch ohne politische und administrative Reformen zu bewirken sei. Dazu genügt die sociale Reform, welche jetzt mit dem besten Erfolge vor sich geht. Da die ungeheure Mehrzahl der polnischen Nation es erkannt hat, daß nur die russische Regierung im Stande ist, ihr jene Rechte zu gewährleisten, welche ihr der Adel vorenthalten hat, befreit sie auch die Nothwendigkeit, in den möglichst engen Verband mit Jenen zu treten, die sie als ihre aufrichtigen Wohltäter kennen gelernt hat. Der Nation selbst wird es klar, was ihr vortheilhafter ist: sich von Rußland zu entfernen, oder aber sich als Werkzeuge von jener Minorität mißbrauchen zu lassen. Wir leben also die Bahn, welche jetzt dem Königreiche Polen vorgezeichnet ist und der Revolutionspartei muß jedes Entgegenwirken — wie jetzt mittelst Verbreitung von falschen Nachrichten — misslingen.“

Nach Briefen aus Constantinopel sind die zur evangelischen Kirche übergetretenen verhafteten Mohamedaner in Folge der Vermittlung Englands und Preußens in Freiheit gesetzt worden. Die Pforte will künftig nur der Missionsthätigkeit der Missionäre an öffentlichen Orten entgegengetreten und die Verbreitung religiöser Schriften, in denen die Gegensätze des Mohamedanismus und des Christenthums ohne Leidenschaft erörtert werden, nicht verhindern.

Von Wichtigkeit ist eine soeben zur Veröffentlichung gelangte diplomatische Correspondenz zwischen dem Staatssecretär Seward und dem Gesandten der vereinigten Staaten in London, Herrn Adams, worin der amerikanische Minister unter Anderem sich dahin äußert, daß die Billigung, welche die europäischen Mächte dem Umsturz der mexicanischen Republik zu Theil werden ließen, der Eiferucht zuzuschreiben sei, welche gegen die Vereinigten Staaten bestehe. Also ist man in Washington noch keineswegs geneigt, den neuen Zuständen in Mexico das Placet zu geben.

Aus Schanghai sind Nachrichten eingetroffen, nach welchen der preußische General-Consul v. Radowitz nicht nur von der Provinzialbehörde Genugthuung für die Verletzung der Verträge (bei Gelegenheit der Mißhandlung von Deutschen) gefordert, sondern dieselbe auch von der chinesischen Centralregierung verlangt hat, um in dieser das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für ihre Unter-Behörden zu erwecken.

Die Berliner „Börsen-Zeitung“ bringt die bis jetzt unverbürgte Nachricht, daß die preußische Regierung der österreichischen in den letzten Tagen ihre Geneigtheit ausgedrückt habe, in Betreff des Zolltarifs für den Verkehr zwischen dem Zollverein und Oesterreich alle Concessionen zu machen, welche nach Lage der Verhältnisse möglich seien; in Folge dessen seien gegenwärtig auch die Verhandlungen über die Tarifrfrage aufgenommen.

Der Schweizer Bundesrath hat an die königlich württembergische Regierung das Verlangen gestellt, die Conferenz für die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollverein erst am 6. statt am 1. März nach Stuttgart einzuberufen. Beim Bundesrath kommen von allen Seiten der Schweiz eine solche Menge von Wünschen und Gesuchen in Betreff dieses Vertrages ein, daß er unmöglich bis zum 1. März mit der Berathung und der Feststellung der Instruktionen für die eidgenössischen Commissarien fertig werden kann.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Finanzausschusses am





